

Satyagraha – zivile Macht von unten

Erfahrungen mit Satyagraha in gewaltfreien Bewegungen

Hagen Berndt und Andreas Speck

“Gewaltfreie Bewegungen sind erfolgreich!” behauptete der US-amerikanische Aktivist Bill Moyer. Dies soll nun nicht heißen, dass Bewegungen, die an den Graswurzeln der Bevölkerung organisiert sind, automatisch und ohne Rückschläge zum Erfolg führen. Aber es bedeutet, dass substantielle Veränderungen, die Grundwerte der Gesellschaft, Menschenrechte und einen nachhaltigen Lebensstil verwirklichen, von unten her eingebracht und durchgesetzt wurden. Grundlage von Veränderungen ist somit das *Empowerment* möglichst vieler Menschen an den Graswurzeln, wodurch sie fähig werden, sich selbst zusammen mit anderen für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen (Kreusel 1998: 110). *Empowerment* meint das Anstoßen von Prozessen der Selbstorganisation und gegenseitigen Unterstützung, die über soziale Aktionen das politische Bewusstsein schärfen und eine kollektive Beteiligung an sozialen und politischen Entscheidungen jenseits der parlamentarischen Strukturen ermöglicht (Stark 1996: 77). Diese Prozesse sind auf drei Ebenen wirksam, die nicht unabhängig voneinander, sondern eng miteinander verwoben sind: auf der *persönlichen* Ebene geht es darum, die Kraft zu finden, Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens zu übernehmen. Hierbei kann die *Gruppenebene* zum einen eine große Bedeutung haben (“Selbsthilfegruppen”, “Coming-Out“-Gruppen der Schwulen-/Lesbenbewegung, etc...), indem sie dazu Unterstützung gibt, zum anderen geht es auch darum, nach außen aktiv zu werden, sich für eigene gesellschaftliche Vorstellungen einzusetzen und mit anderen Gruppen zusammenzuschließen.

Auf der *gesellschaftlichen* Ebene geht es schließlich um die Macht sozialer Bewegungen, Veränderungen zu bewirken¹, im Gegensatz zur politischen Macht von EntscheidungsträgerInnen, die mehr dem eigenen Machterhalt und eigenen politischen Interessen verpflichtet ist, so dass sie zu konstruktiven und wertorientierten Veränderungen erst bewegt werden müssen. Durch “Satyagraha” – zivile Macht von unten, d.h. durch den Aufbau von Gegenmacht oder den Entzug der Zustimmung auf der einen Seite, durch den Aufbau alternativer Parallelstrukturen und die konstruktive Entwicklung und Realisierung von Alternativen auf der anderen Seite werden die politisch Mächtigen kontrolliert und zu wertorientiertem demokratischen Handeln bewegt. Dies kann letztlich auf vier Wegen geschehen – Überzeugung, Übernahme einiger Forderungen der Bewegungen, gewaltfreier Zwang², Auflösung der Regierungsmacht – wobei häufig Kombinationen zum Erfolg führen. “Satyagraha” selbst ist dabei bereits Teil der Verwirklichung einer demokratisch-partizipativen Gesellschaft.

An zwei Beispielen, dem Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben und der gewaltfreien Friedensbewegung der 80er und 90er Jahre in Deutschland, soll untersucht werden, wie diese Veränderungen geschehen und mit welchen Schwierigkeiten zu rechnen ist.

¹ zum Machtbegriff in sozialen Bewegungen vgl. Clark 1998

² Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Regierende wünschenswerte Änderungen ihres Verhaltens aus innerer Überzeugung durchführen. Es reicht oft auch aus, wenn ihnen deutlich wird, dass diese Änderungen ihrem pragmatischen politischen Kalkül nicht widersprechen, oder zum Machterhalt notwendig sind. Dies soll hierdurch angedeutet werden.

Satyagraha und Protest: Widerstand gegen Atomanlagen im Wendland

Seit 1977 organisiert sich Widerstand gegen die geplanten und im Bau befindlichen Atomanlagen in Gorleben sowie gegen Atomtransporte in das Wendland. Die Bewegung, die in der lokalen Bevölkerung tief verankert ist, hat Erfolge gehabt: Der Bau von einem Atomkraftwerk und der Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll wurde abgesagt; die Konstruktion eines sogenannten "Endlagers" für Atommüll wurde erheblich verzögert; Atomtransporte wurden unterbrochen, weil die Unsicherheit der Transportbehälter zugegeben werden musste.

"Gorleben" wurde zum Symbol für den Widerstand gegen die Atomindustrie. "Gorleben" wurde auch zum Inbegriff des politischen Schadens, den sich Regierungen mit der gewaltsamen Durchsetzung von Atom- oder auch anderen Großindustrieprojekten zufügen können. Gewiss, der Widerstand hat es bisher nicht vermocht, sich selbst überflüssig zu machen, indem Atomtransporte überhaupt ausgesetzt oder der Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft beschlossen und umgesetzt wird. Die Bewegung hat es jedoch vermocht, selbst für in der Gesellschaft allgemein akzeptierte Grundwerte zu stehen, insbesondere das Recht auf Leben, das durch Atomenergieproduktion und die damit zusammenhängende Verstrahlung auf Jahrtausende in Frage gestellt wird. Es ging dem Widerstand in Gorleben nie nur darum, die Transporte von abgebranntem Atommüll ins Wendland zu verhindern und etwa zu alternativen Lagerstandorten zu schweigen. Es geht um Grundsätzlicheres und das wird durch die Aktionen thematisiert: Leben statt Zerstörung, Übernahme von Verantwortung statt Gleichgültigkeit, Kreativität statt Unterdrückung.

Das Wendland hat sich im Verlaufe des Widerstands gegen die Atomindustrie selbst verändert. Menschen haben aufgehört, an eine andere, bessere Zukunft nur zu glauben; sie haben heute begonnen, Teile dieser Zukunft zu leben. Bei Aktionen des Widerstands wurde spätestens seit dem Hüttendorf auf Bauplatz 1004 im Mai 1980 darauf geachtet, wie Entscheidungen gefällt werden können, damit alle Beteiligten Verantwortung übernehmen können. Der gleichberechtigte Umgang zwischen Männern und Frauen ist immer wieder Thema, und wird doch nie vollständig erreicht. Widerstand gegen Lebenszerstörung wurde verbunden mit dem Aufbau von Alternativen: bei der Produktion von Energie, beim Versuch, sparsamer und mit weniger Zerstörung zu leben und zu wirtschaften, bei der Bildung von kooperativen Strukturen zur Produktion und Vermarktung biologischer Lebensmittel, bei der Suche nach neuen gemeinschaftlichen Lebensformen. Auch die Solidarität mit Menschen, die vor Krieg und wirtschaftlicher Not flüchten müssen oder die sich woanders gegen Umweltzerstörung organisieren, war wichtiges Thema im Wendland.

Die Atomenergiefrage ist nicht nur ein gutes Beispiel für die politische Bedeutung von Widerstand. Der Widerstand selbst schafft auch erst immer wieder Demokratie, wo sie angesichts des Atomstaats bereits verloren geglaubt ist. Denn es ist nicht nur so, dass Energieproduktion eine Schlüsselindustrie unserer modernen Wirtschafts- und Lebensweise ist. Die mit der Verarbeitung von spaltbarem Material einhergehenden Sicherheitsmaßnahmen bedingen ein ganz besonderes, im wesentlichen repressives und immer weniger transparentes Verhalten des Staates. Robert Jungk hat diesen wachsenden Abbau von Demokratie, Freiheit und Partizipation mit dem Begriff Atomstaat zusammengefasst (Jungk 1979). Die Situation im Wendland um das Eintreffen von Atomtransporten herum gibt hiervon einen Eindruck.

Die Widerstandsbewegung in Gorleben setzt auf der von John Paul Lederach so benannten Graswurzelebene der Gesellschaft an (Lederach 1994). Lederach teilt Gesellschaft in verschiedene miteinander in Beziehung stehende Einflussbereiche ein: die Graswurzelebene der lokalen AkteurInnen in einem gesellschaftlichen oder politischen Konflikt, die mittlere Ebene der EntscheidungsträgerInnen in großen Organisationen und Institutionen (Kirche, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, etc.) mit überregionaler Reichweite und die kleine Gruppe politischer EntscheidungsträgerInnen, der "top leadership". Der Widerstand hat gelegentlich – z.B. über die Kirchen und die Grüne Partei – versucht,

EntscheidungsträgerInnen auf der mittleren Ebene einzubeziehen und sie als Zugang zu den Zentren der Macht zu verstehen. Vor allem haben sich Widerstandsaktionen jedoch an den Staat und die jeweiligen Ministerien für Umwelt, den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen und den Bundeskanzler gewandt. Dies muss als Schwierigkeit bewertet werden, da der Widerstand gegen Atomanlagen im Wendland zwar stark, bundesweit jedoch noch relativ schwach organisiert ist. In dieser Situation wird die mittlere Ebene, selbst bei einer so grundsätzlichen Frage wie der Atomwirtschaft, nur eine schwache Stimme für die Sache des Widerstands erheben, fehlt ihr doch der Anstoß durch die Graswurzelebene.

Dieses Problem wird deutlich, wenn wir den Ablauf der Bewegung nach dem von Bill Moyer idealtypisch dargestellten "Movement Action Plan" analysieren. Beginnend mit der latenten Phase des Konflikts, in der sich erst wenige Menschen für eine Veränderung interessieren, durchläuft die Bewegung insgesamt acht Phasen: von den "normalen Zeiten" (latenter Konflikt) über "das Versagen der Institutionen nachweisen" und sich daran anschließende "reifende Bedingungen" schließlich zum "Start der Bewegung". Danach schließen sich als eher bewegungsinterne Phase ein Gefühl von "Identitätskrise und Machtlosigkeit" sowie nach außen die "massive öffentliche Unterstützung" an, denen "Erfolg" und als letzte Phase das "Weitermachen mit neuen Zielen" folgen (Moyer 1989).

Diese Phasen lassen sich am wendländischen Widerstand sehr schön beobachten (Kreusel/Speck 1998). Sie müssen jedoch mehrfach durchlaufen werden und es gibt gelegentlich Rückschläge. Insbesondere haben die gewünschten Veränderungen bislang auf bundespolitischer Ebene nicht eingesetzt und eine Koordination und stärkere Vernetzung des Widerstands an allen Atomstandorten beginnt erst seit dem bislang letzten Atomtransport im März 1997.

Satyagraha konstruktiv (?): Von der Friedensbewegung zum Zivilen Friedensdienst

Die Friedensbewegung, insbesondere der ersten Hälfte der 80er Jahre, hat unzweifelhaft zur Verbreitung von Ideen und Methoden von *Satyagraha* in den sozialen Bewegungen und der Gesellschaft der Bundesrepublik beigetragen. Seit dem Abflauen der Friedensbewegung spätestens nach dem Golfkrieg 1991 kann an ihr jedoch auch gezeigt werden, dass die Kombination *beider* Bestandteile von *Satyagraha* – Widerstand und konstruktive Aktion – für den Erhalt des befreienden Charakters von *Satyagraha* von erheblicher Bedeutung.

Das Fehlen eines dieser Elemente kann katastrophale Folgen haben: Zuviel Nachgiebigkeit ("Güte?") ohne Verbindung zur Kraft des Protests führt zu Vereinnahmung.

Bezogen auf die Friedensbewegung gehören als Aspekte der *Satyagraha* *Militärkritik*, direkter Widerstand gegen Militär, und der Aufbau bzw. die Verbreitung *ziviler Alternativen zum Militär* untrennbar zusammen, weil sonst die Gefahr besteht, dass zivile – eben nicht gewaltfreie - Alternativen nur als ein weiteres Instrument in das zum Machterhalt dienliche Repertoire aufgenommen werden.

In der Friedensbewegung der 80er Jahre konzentrierte sich die Militärkritik häufig auf eine eng gefasste Kritik an Abschreckung und nuklearer Hochrüstung. Mit dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 zur Stationierung von Pershing-II-Atomraketen und landgestützten Cruise Missiles in Europa entstand schnell eine breite Friedensbewegung, nicht nur in Deutschland, auch in Ländern Europas und in den USA. "Widerstand" manifestierte sich zunächst in zahlreichen Großdemonstrationen gegen die Stationierung dieser Atomraketen, gewann aber mit dem Bundestagsbeschluss zur Stationierung der Raketen "eine neue Qualität. Er wurde zum massenhaften, gewaltfreien zivilen Ungehorsam und Mutlangen zum Symbolort hierfür." (Buro 1998: 132). Allein im "Stationierungsjahr 1983" haben nach Schätzungen ca. 40.000 Menschen an Aktionen Zivilen Ungehorsams teilgenommen (Saathoff 1987: 87).

Es war ein Verdienst der Friedensbewegung der 80er Jahre, Zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktion breit in der Gesellschaft zu verankern, wie auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. März 1995 zeigt, durch das Blockaden endgültig nicht mehr als Nötigung bestraft werden können. Bezugsgruppensystem und Konsensentscheidung als Bestandteil von Aktionen Zivilen Ungehorsams wurden vor allem in den Aktionen der Friedensbewegung praktiziert. Hierin wurde im Verständnis zumindest eines Teils der OrganisatorInnen dieser Aktionen die aufzubauende Gesellschaft in den eigenen Organisationsformen vorweggenommen und Demokratie praktiziert.

Seit Anfang der 90er Jahre befindet sich auch die Friedensbewegung mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes in einer neuen Situation, auf die sie sich zunächst nur schwer einstellen konnte. Der Golfkrieg 1991 markiert nicht nur den Beginn der "Neuen Weltordnung", sondern auch das Experimentieren der Friedensbewegung mit gewaltfreiem Eingreifen in Konflikte und Kriege, z.B. durch das "Gulf Peace Team" und die "Initiative Frieden am Golf". Die Kriege auf dem Balkan haben diese Entwicklung beschleunigt und die "konstruktiven Alternativen" der Friedensbewegung in den Vordergrund gerückt. Während auf der Graswurzelebene zahlreiche humanitäre Projekte auf dem Balkan begonnen wurden, haben andere Organisationen Konzepte der Sozialen Verteidigung weiterentwickelt in das Konzept eines "Zivilen Friedensdienstes" und sich damit an die mittlere Ebene der Gesellschaft gewandt (Büttner 1995: 66–72).

Die (versuchte) gesellschaftliche Durchsetzung dieses Konzeptes schien in seiner Logik schlüssig, betonte jedoch den konstruktiven Ansatz unter sträflicher Vernachlässigung von Widerstand gegen die Remilitarisierung des Staates. Daher widerspricht diese politische Strategie leider Grundsätzen der Wirkungsweise von "Satyagraha", denn die Nicht-Zusammenarbeit mit dem Militärischen gehört untrennbar dazu. Zugespitzt lässt sich sagen, dass die Friedensbewegung angesichts der Kriege auf dem Balkan vor der Frage der militärischen Intervention kapituliert hat, und sich auf mehr oder weniger humanitäre Arbeit oder eben die Entwicklung ziviler Konfliktbearbeitung verlegte (Speck 1998: 198). Gerade bei der Durchsetzung des Zivilen Friedensdienstes wurde die Militärkritik bewusst ausgespart (Stadtman 1994). In Bosnien haben sich Organisationen, die auf Gewaltfreiheit setzen, bei dem Versuch, einen Zivilen Friedensdienst aufzubauen, in die Logik der MilitärinterventionistInnen einbinden lassen (Birckenbach 1998: 180), nicht nur durch die gescheiterte "Startphase Ziviler Friedensdienst" 1996 (forumZFD 1996). Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung ist ein Ziviler Friedensdienst, der im wesentlichen in der Verantwortung des staatlichen Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) ohne Beteiligung von Friedensdiensten organisiert wird und Kritik an staatlicher Militär- und Außenpolitik ausspart, Projekte, die sich mit innergesellschaftlichen Konflikten in Deutschland oder anderen Industrieländern befassen, sogar gänzlich aus dem Programm nimmt.

Militärkritik und Friedensdienste zusammendenken

Hanne-Margret Birckenbach macht darauf aufmerksam, dass trotz aller Anstrengungen für die zivile Konfliktbearbeitung es noch nicht einmal in Ansätzen gelingt, "mit dem Pochen auf einen Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung den Zusammenhang von Nationalstaat und Gewalt zu überwinden" (Birckenbach 1998: 180). Durch das Fehlen von Militärkritik und Widerstand kommt es nicht zu einer "Konversion" des Militärischen, sondern zu einer Ergänzung des staatlichen Instrumentariums um zivile Instrumente, die letztlich nicht nur nicht zur Entlegitimierung des Militärischen beitragen, sondern sogar den Hintergrund für eine Umrüstung darstellen. Die Arbeit von Graswurzelinitiativen wird so in staatliche Institutionen inkorporiert. Friedensdienste, die auch weiterhin dissidente Ansätze verfolgen, werden marginalisiert und können strukturell in einem Feld, das sie zu entwickeln geholfen haben, nicht mehr mithalten. Das Ringen um Wahrheit bleibt auf der Strecke – wenn es den

Friedensdiensten nicht gelingt, sich erneut zu besinnen und neue Bewegungsstrukturen kritischen Engagements zu schaffen!

Friedensdienste von unten aufbauen!

Die Diskussionen um “Zivile Konfliktbearbeitung” bzw. gewaltfreies Eingreifen in Krisen reichen weit zurück – von Maude Royden’s Idee einer “Peace Army” in den 30er Jahren über die “Shanti Sena” in Indien und sind bis hin zu aktuelleren Projekten wie “Peace Brigades International” oder dem “Balkan Peace Team” entwickelt worden. Richtete sich der Vorschlag einer “Peace Army” noch an den damaligen Völkerbund (Weber 1993: 45–48), so zeichneten sich andere Initiativen durch ihre Unabhängigkeit von Staat und den zwischenstaatlichen Vereinten Nationen aus.

M.K. Gandhi propagierte in Indien bereits seit den 30er Jahren den Aufbau von “Friedensbrigaden” und engagierte sich ab 1946 auch selbst für die Versöhnung zwischen Hindus und Muslimen (Büttner 1995: 25). Diese Erfahrungen nutzte sein Schüler Vinoba Bhave 1957, als er die “Shanti Sena” (Friedensarmee) gründete. Sie war Teil der “Sarvodaya-Bewegung” (Wohlfahrt für alle), der es nach der politischen Unabhängigkeit Indiens um die Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit mit den Mitteln gewaltfreier Veränderungsarbeit ging. Diese Verknüpfung von Shanti Sena und Aufbauarbeit war bewusst und gewollt, sollte doch eine wirtschaftlich eigenständige Gesellschaft auch über Instrumente der gewaltfreien Konfliktbearbeitung verfügen, die von unten her kontrolliert und finanziert werden. Diese Verbindung zeichnet den Graswurzelansatz von Friedenshandeln aus. Denn Konfliktursachen hängen eng mit gesellschaftlichen Strukturen zusammen, so dass sowohl an der Veränderung der Strukturen gearbeitet, als auch zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten beigetragen werden muss (s.o. im Wendland). Eine einseitige Konzentration auf direkte Gewalt unter Auslassung der strukturellen Gewalt führt letztlich zu einer Stärkung gewaltförmiger Strukturen (Galtung 1971) und trägt nicht zu einer nachhaltigen Konfliktlösung bei.

Im Zusammenhang mit internationalen Konflikten gewährt “Peace Brigades International” (PBI) bedrohten AktivistInnen durch Begleitung Schutz vor Verfolgung und trägt somit dazu bei, einen gesellschaftlichen Raum zu eröffnen, in dem diese selbst den Konflikt bearbeiten. PBI ist wirksam, weil die Organisation im konkreten Konflikt neutral bleibt – eine Neutralität allerdings, die trotzdem parteiisch für Menschenrechte ist – und durch die Internationalität ihrer Teams schnell internationale Aufmerksamkeit herstellen kann.

An weitergehenden Ansätzen arbeiten verschiedene Friedensorganisationen im Zusammenhang mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und in der Türkei. Westeuropäische Friedensgruppen schützen türkische KriegsgegnerInnen ähnlich wie PBI durch internationale Aufmerksamkeit und unterstützen sie beim Aufbau gewaltfreier Strukturen. Dies verbinden sie mit Kritik an der deutschen Außenpolitik, zum Beispiel im Zusammenhang mit Rüstungsexporten in die Türkei oder der Nicht-Anerkennung der meisten Flüchtlinge in Asylverfahren, vor allem von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern.

Dadurch sprechen diese Friedensdienste mehrere Ebenen politischer AkteurInnen an: lokale AkteurInnen, um sie dazu zu befähigen, Menschenrechtsverletzungen und Kriegspolitik in Frage zu stellen; deutsche Wirtschaft und Politik, eine Machtquelle des türkischen Staates, um somit die “top-Ebene” der Türkei in ihrer Machtposition zu treffen. Für eine solche Arbeit ist die Unabhängigkeit der AkteurInnen vom Staat Voraussetzung, schließlich gehört zu dieser Arbeit, staatliche Strukturen *hier* in Frage zu stellen, die auch Teil des Konfliktes *dort* sind.

Wo die größere Effektivität solchen Handelns erkannt wurde, übernehmen Friedensdienste heute die Verantwortung dafür, die ihnen zugänglichen Kanäle der Einflussnahme wahrzunehmen, und handeln gleichzeitig in partnerschaftlichem – nicht unkritischem – Dialog und in Solidarität mit Bewegungen in anderen Gesellschaften.

Literatur

- Birckenbach, Hanne-Margret 1998: Der Einfluß der NGO-Bewegung und seine Folgen für pazifistische Militärkritik. *European Peace Congress 1998: Reader*, Osnabrück: Trägerkreis Europäischer Friedens- und KDV-Kongress Osnabrück 1998 e.V., S. 175–185
- Büttner, Christian 1995: Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden. Münster: Lit
- Buro, Andreas 1998: Transformationen, Bilanzen und Perspektiven der bundesrepublikanischen Friedensbewegung. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 11. Jg. Heft 1, S. 131–141
- Clark, Howard 1998: Mächtiger, als wir ahnen. Was bedeutet Macht für gewaltfreie Bewegungen. *graswurzelrevolution*, 27. Jg., Nr. 228, S. 14
- forum ZFD 1996: Startphase Ziviler Friedensdienst. Tischvorlage. Versöhnung- und Konfliktbearbeitung im ehemaligen Jugoslawien.
- Galtung, Johan 1971: Gewalt, Frieden und Friedensforschung. *Dieter Senghaas (Hg): Kritische Friedensforschung*, Frankfurt, S. 55–104
- Kreusel, Silke 1998: Empowerment in sozialen Bewegungen. Patchwork, Machtlosigkeit überwinden, die Verhältnisse in Bewegung bringen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 11, Heft 4, S. 109–113
- Kreusel, Silke und Speck, Andreas 1998: Die Anti-Castor-Bewegung im Lichte des Movement Action Plan. *gewaltfreie aktion*, 30. Jg. Heft 115/116, S. 31–46
- Lederach, John Paul 1994: Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies. Harrisonburg. Eastern Mennonite University
- Moyer, Bill 1989: Aktionsplan für soziale Bewegungen. Ein strategischer Rahmenplan erfolgreicher sozialer Bewegungen. Kassel: Weber, Zucht und Co.
- Moyer, Bill 1990: The Practical Strategist. San Francisco: Social Movement Empowerment Project
- Saathoff, Günter 1987: Auf dem Weg zu einer “strukturellen Gewaltfreiheit”? Soziale Bewegungen zwischen Gewalt und Legalismus. *vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftskritik*, 26. Jg. Heft 1, S. 75–89
- Speck, Andreas 1998: Praktische Friedenspolitik durch zivile Intervention im Alltag. *European Peace Congress 1998: Reader*, Osnabrück: Trägerkreis Europäischer Friedens- und KDV-Kongress Osnabrück 1998 e.V., S. 196–199
- Stadtman, Ulrich 1994: Forum Ziviler Friedensdienst. *FriedensForum* Nr. 6/1994, S. 5
- Stark, Wolfgang 1996: Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg i. Brsg.: Lambertus
- Weber, Thomas 1993: From Maude Royden’s Peace Army to the Gulf Peace Team: An Assessment of Unarmed Interpositionary Forces. *Journal of Peace Research*, 30. Jg, Heft 1, S. 45–6